

10-Punkte-Plan zur politischen Bildung

**Beschluss der Kommission Bildung, Forschung und Innovation vom 03./04. August 2019
in Frankfurt am Main**

Politische Bildung spielt in den Lehrplänen vieler Bundesländer eine eher randständige Rolle. Die Stundenzahl und der Raum für politische Bildung unterscheiden sich in den Ländern enorm. Dabei sind ein frühzeitiges Verständnis von Grundrechten sowie eine schulische Demokratie- und Wertevermittlung entscheidende Grundlagen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und auch für eine erfolgreiche Extremismusprävention. Gerade hierfür bedarf es mehr Zeit und Raum für Wissensvermittlung und politische Diskussion. Zudem müssen die Lehrpläne zwischen den Bundesländern unter Berücksichtigung regionaler Schwerpunkte deutlich einheitlicher werden. Wir dürfen außerdem nicht der Illusion unterliegen, neue Entwicklungen, wie die zunehmende Polarisierung unserer Gesellschaft oder einen ansteigenden Extremismus, mit alten Konzepten bekämpfen zu können. Viele Schülerinnen und Schüler erreichen wir nicht mehr durch frontalen Unterricht, sondern durch konkret erlebbare Projekte.

Die Junge Union schlägt deshalb folgende Maßnahmen vor:

- 1.** Die junge Generation ist polarisiert wie kaum eine zuvor. Dennoch verlassen viele Schülerinnen und Schüler ihre Schule, ohne sich über mehrere Jahre hinweg intensiv mit Demokratie, den Grundfesten der Bundesrepublik und politischen Zusammenhängen befasst zu haben. Wir fordern deshalb alle Bundesländer dazu auf, verpflichtenden Politikunterricht ab der weiterführenden Schule anzubieten.
- 2.** Eine intensive und umfangreiche Befassung mit dem Holocaust und den Verbrechen im Nationalsozialismus sowie mit dem DDR-Unrechtsregime gehören zu den verpflichtenden Aufgaben jeder Schule. Um über die reine Wissensvermittlung hinaus die Erinnerungskultur zu stärken, sollte jede Schülerin und jeder Schüler in Deutschland während seiner Schulzeit mindestens eine NS-Gedenkstätte und eine DDR-Gedenkstätte besucht haben. Zeitzeugen sind eine bedeutende Säule der Erinnerung und sollten die Wissensvermittlung begleiten. Zur angemessenen Vor- und Nachbereitung der Gedenkstättenfahrten sollten die Länder den Lehrerinnen und Lehrer entsprechendes Informationsmaterial zur Verfügung stellen und ggf. Schulungen anbieten.

3. Wir fordern einen deutlich stärkeren Ausbau internationaler Schüleraustauschprogramme mit europäischen und nicht-europäischen Partnerländern. Dies dient dem Multilateralismus und soll Fremdenfeindlichkeit entgegenwirken. Über 80 Jahre nach der Reichspogromnacht spüren und beobachten wir einen zunehmenden Antisemitismus in Deutschland. Um dem entschlossen entgegenzutreten, sollten die Landesregierungen, sofern noch nicht vorhanden, Förderprogramme anbieten, um flächendeckend Schüleraustauschprogramme mit Israel zu ermöglichen. Darüber hinaus fordern wir den Deutschen Bundestag auf, analog zum Parlamentarischen Patenschaftsprogramm eine ähnliche Initiative mit dem Staat Israel zu etablieren.
4. Wir wollen mehr politische Debatte in die Schulen bringen. Die Erfahrungen zeigen, dass vielen Schülerinnen und Schülern mithilfe praxis- und handlungsorientierter Planspiele deutlich schneller komplexe Zusammenhänge vermittelt werden können. In Zusammenarbeit mit externen Bildungseinrichtungen und Bildungsträgern (wie z.B. den Landeszentralen für politische Bildung) sollten deshalb künftig alle Schulen politische Planspiele anbieten.
5. Unsere Parlamente sind die Herzkammern der Demokratie. Oft wirken die Entscheidungen, die dort getroffen werden, insbesondere für junge Menschen als viel zu weit entfernt. Wir wollen diese Distanz verringern, indem Besuche im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag und den Landtagen zu festen Bestandteilen der Lehrpläne werden.
6. Kommunalpolitische Entscheidungen betreffen uns alle. Dennoch wissen viele Schülerinnen und Schüler mehr über die „große“ Politik als über die Politik vor Ort. Dass sie selbst auf die Gestaltung ihres Umfelds Einfluss nehmen können, ist vielen nicht bewusst. An jährlichen Aktionstagen sollten Schülerinnen und Schüler deshalb mit ihren kommunalpolitischen Vertretern in den direkten Austausch kommen. Die Gespräche können abwechselnd in den Schulen oder den Rathäusern stattfinden.
7. Politische Bildung und politisches Interesse werden durch eigenes Engagement befördert. Niedrigschwellige und besonders auf die Bedürfnisse Jugendlicher zugeschnittene Möglichkeiten hierfür bieten Jugendparlamente. Diese sollten von den Kommunen mit eigenen Budgets ausgestattet werden. Gleichzeitig fordern wir die Schulen auf, Schülervertretungen zu stärken und sie bei konkreten Entscheidungen der Schule einzubeziehen (zum Beispiel Gestaltung von Räumlichkeiten und Schulhöfen, Profilbildungen, außerschulischen Angeboten, Veranstaltungen).

8. Die Bedeutung des Rechtsstaats und die Funktion unseres Justizsystems kommen im Schulunterricht häufig zu kurz. Die Teilnahme an einer Gerichtsverhandlung oder auch der Besuch einer Justizvollzugsanstalt sollten deshalb ebenfalls stärkere Bedeutung im Politikunterricht haben.
9. Polizisten, Rettungskräfte, Feuerwehrleute und Soldaten gewährleisten ein funktionierendes Staatswesen. Im Schulunterricht oder auch bei Berufsbildungstagen spielen die Berufsgruppen häufig aber keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Wir schlagen deshalb allen Schulen in Deutschland vor, einen „DIENSTtag“ einzuführen, an dem diese Berufsbilder vorgestellt werden.
10. Wir lehnen ein Schulverbot von Jugendoffizieren entschieden ab. Jugendoffiziere der Bundeswehr leisten einen wichtigen Beitrag zur Meinungsbildung und zur Auseinandersetzung mit sicherheitspolitischen Themen. Gemeinsam mit Vertretern von Friedensinstitutionen sind sie wichtige Partner im Bereich von Sicherheits- und Friedenspolitik. Um künftig flächendeckender als bisher Besuche der Jugendoffiziere in den Schulen sowie die Durchführung des Planspiels „POL&IS“ zu ermöglichen, schlagen wir eine Erhöhung der Stellenzahl von aktuell 94 auf 200 Jugendoffiziere vor.